

Initiativgruppe "Unser RECHT auf STILLEGUNG" » U N R A S T «

in der Bürgerinitiative Umweltschutz
Weserbergland e.V. (gemeinnütziger Verein)



W I R E R I N N E R N

an die Katastrophe von Tschernobyl

- Radioaktivität wurde in großem Mengen freigesetzt.
- Der halbe Erdball wurde radioaktiv verseucht.
- Im Umkreis von 30 km um das Atomkraftwerk herum wurde die Bewohnbarkeit zerstört.
- In der Bundesrepublik Deutschland offenbarten die verantwortlichen Fachleute und Politiker ihre völlige Hilflosigkeit gegenüber der niedergehenden Radioaktivität.
- Die Beruhigungsstrategie für die Öffentlichkeit bestand in folgenden Behauptungen: "Deutsche Atomkraftwerke sind sicher. Deutsche Atomkraftwerke besitzen einen Berstschutz."

aus:
PreußenElektra

Strom: Daten,
Fakten,
Kommentare
Juni 1986

Dr. rer. nat. Hermann Krämer, Vorsitzender des Vorstandes der PreußenElektra: „Wenn wir bei unseren Kernkraftwerken einen Unfall mit einem so massiven Austritt radioaktiver Stoffe wie in Tschernobyl nicht ausschließen könnten, würden wir diese Anlagen nicht weiterbetreiben.“

- In der weiteren Umgebung von Tschernobyl sind inzwischen die Krebsraten angestiegen; auch Mißgeburten treten verstärkt auf.

W I R I N F O R M I E R E N

Es gibt keinen Berstschutz für deutsche Atomkraftwerke.

Im Sicherheitsgutachten der Elektrowatt-Ingenieurunternehmung für das Atomkraftwerk Würzgassen wird die Kernschmelzkatastrophe als reale Gefahr behandelt.

Die Möglichkeit des Eintritts einer Kernschmelzkatastrophe wird von den Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Atomindustrie unumwunden zugegeben.

Die mit der Kernschmelzgefahr verbundenen Grundrechtsverletzungen gelten als akzeptiert.

W I R W A R N E N

Die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl waren verhältnismäßig gering im Vergleich zu dem Schadensausmaß, das bei einer Katastrophe im Atomkraftwerk Würgassen zu erwarten ist.

In der Ukraine gab es drei Faktoren, die die Auswirkungen der Katastrophe auf die Bevölkerung in der näheren und weiteren Umgebung von Tschernobyl entscheidend gemildert haben.

1. Der Wärmeartrieb hat dafür gesorgt, daß die radioaktiven Massen in große Höhen gelangt sind.
2. Dank der Hochdruckwetterlage gab es keinen Niederschlag aus der radioaktiven Wolke.
3. Der Verbreitung der radioaktiven Wolke durch die Winde über den halben Erdball hinweg und der damit verbundenen Verdünnung standen keine Gebirgszüge entgegen.

Aufgrund der Tiefdruck- und Inversionswetterlage und der angrenzenden Gebirgszüge ist mit derart mildernden Effekten bei einer Kernschmelzkatastrophe im Atomkraftwerk Würgassen nicht zu rechnen.

Die Bevölkerung in der näheren und weiteren Umgebung des Atomkraftwerkes wird von der vollen Intensität der austretenden Strahlung getroffen werden.

Sollte es tatsächlich zu Evakuierungsmaßnahmen kommen, so muß damit gerechnet werden, daß die Fliehenden im Verkehrschaos stecken bleiben und der Strahlung in nicht auflösbaren Staus hilflos ausgeliefert sind.

Die Evakuierung stellt eine Zwangsumsiedlung dar; denn die starke radioaktive Belastung der betroffenen Gebiete läßt eine Bewohnbarkeit nicht mehr zu.

Übrigens: Hans-Jürgen Schweinsberg, Kasseler Magistrats-
sprecher hat bestätigt, daß ein Erlaß des Sozial-
ministers nach Auswahl der Patienten im Katastro-
phenfall (gemeint ist Aussonderung
v o n v o m b e v o r s t e h e n d e n T o d
g e k e n n z e i c h n e t e n K r a n k e n)
bestehe, der für alle Kasseler Krankenhäuser gelte.

W I R E R K L Ä R E N

ES GIBT KEINE AKZEPTANZ BEI DER BEVÖLKERUNG
FÜR DIE GEFAHR DER KERNSCHMELZKATASTROPHE

Die Bedrohung durch die Kernschmelzkatastrophe
ist stets gegenwärtig.

Es existieren keine sicherheitstechnischen, administrativen oder organisatorischen Maßnahmen, mit denen der Kernschmelzunfall sicher ausgeschlossen werden kann.

Der Kernschmelzunfall ist unbeherrschbar; seine Schadensfolgen beinhalten eine Katastrophe ungeheuren, nicht eingrenzba- ren Ausmaßes.

Die Bevölkerung verfügt über keinen positiven Erfahrungsschatz, aufgrund dessen sie die Atomtechnologie akzeptieren könnte.

Die radioaktive Strahlung kann mit den menschlichen Sinnen nicht wahrgenommen werden.

Die Bürger haben keine Möglichkeiten, eine drohende bzw. eine bereits bestehende Gefahr zu erkennen und sich vor ihr zu schützen.

Die Bürger sind nicht in der Lage, eine bereits erfolgte radioaktive Schädigung wahrzunehmen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Bürger sind bei einer bestehenden Gefahr auf die Informationen der Behörden und Betreiber von AKWs angewiesen.

Vor allem bei einer Kernschmelzkatastrophe müssen sich die Bürger auf die Anweisungen der Behörden und Einsatzkräfte verlassen, ohne beurteilen zu können, ob sie durchführbar, bzw. sinnvoll sind.

Die Affäre um die Atommüllfässer hat deutlich gemacht, daß die Behörden und Betreiber von Atomkraftwerken gar nicht in der Lage sind, der ihnen aufgebürdeten Verantwortung gerecht zu werden.

Die Menschen können keinen Einfluß auf die mit der Atomtechnologie verbundenen Risiken nehmen und sind ihren schädigenden Wirkungen hilflos ausgeliefert.

Strom aus Atom kann bestehende Umwelt- und Energieprobleme nicht lösen.

Zu der von den Verbrauchern genutzten Endenergie trägt der Strom aus Atom nur einen Anteil von ca 5 % bei.

(Es wird immer übersehen, daß an dem gesamten Energiekuchen der Strom nur mit 15 % beteiligt ist.)

Auf die Strompreise hat die Atomenergie keinen mindernden Einfluß, wie die Stromkosten in den Haushalten der EG zeigen. Am niedrigsten sind diese z. B. in Dänemark, das keine Atomkraftwerke, sondern Kraft-Wärmekoppelung und Windenergie betreibt.

Geld kostet die Überproduktion in der Energiewirtschaft, die zur Vergeudung führt und das eigentliche Problem darstellt.

Die Kapazitäten zur Stromversorgung sind fast doppelt so hoch wie die Anforderungen der Verbraucher zu Spitzenzeiten.

Einen wesentlichen Anteil an den Umweltproblemen hat die Energievergeudung. Sie gilt es zu stoppen!

Die Staaten, die Spitzenreiter in der Produktion von Atomstrom sind, zeichnen sich auch durch den größten Ausstoß von CO₂ aus.

0 0 0 0 0 0

W I R P R O T E S T I E R E N

- gegen die Gefahr der Kernschmelzkatastrophe, die vom Atomkraftwerk Würgassen ausgeht
- gegen die Grundrechtsverletzungen, die mit der Gefahr der Kernschmelzkatastrophe verbunden sind
- gegen die Auffassung, daß diese Grundrechtsverletzungen verfassungskonform sind

W I R T R E T E N E I N

- f ü r den Vorrang des Grundrechtsschutzes der Bürger auf Leben, Gesundheit und Eigentum vor dem Bestandschutz für den Betrieb von Atomkraftwerken
- f ü r die Aufrechterhaltung des demokratischen Rechtsstaates
- f ü r eine rationelle Energieerzeugung